

HESSEN

Acht Computer-Tomographen

Im Land Hessen sind zur Zeit acht Computertomographen in Betrieb, wie der Staatssekretär im Hessischen Sozialministerium, Dr. Günter Steinhäuser, mitteilte. Dr. Steinhäuser sprach zu einem zweitägigen Symposium, das auf Initiative des Hessischen Sozialministeriums und des Bundesarbeitsministeriums bei der Deutschen Klinik für Diagnostik in Wiesbaden durchgeführt wurde und auf dem etwa 70 Ärzte und Vertreter von Krankenkassen und Ministerien über Anwendungsgebiete, Bedarf, Einsatz und Wirtschaftlichkeit von Computertomographen diskutierten. Insbesondere wurden dabei die Fragen erörtert, wie viele Geräte für die ärztliche Versorgung der Bevölkerung wirklich erforderlich sind und wie sie im Hinblick auf den hohen Anschaffungspreis und die hohen Betriebskosten möglichst wirtschaftlich eingesetzt werden können. WZ

BAYERN

Lehraufträge für Allgemeinmedizin

Nachdem der Bayerische Landtag die Staatsregierung ersucht hatte zu prüfen, ob an allen medizinischen Fakultäten der Bayerischen Universitäten Lehrstühle für Allgemeinmedizin errichtet werden sollen, hat Kultusminister Prof. Hans Maier jetzt dem Landtag gegenüber die Erteilung von Lehraufträgen als den richtigeren Weg bezeichnet. Der Minister erinnert daran, daß er bereits 1971 auf Grund eines damaligen Beschlusses des Landtages den Universitäten nahegelegt habe, Lehraufträge für das Fach Allgemeinmedizin zu vergeben. Bisher hätten die Universitäten Erlangen-Nürnberg, München und Würzburg dieser

Anregung entsprochen. Damit sei sichergestellt, daß an diesen Universitätskliniken die Belange der Allgemeinmedizin voll berücksichtigt werden und daß die Studenten die Nachweise über den Besuch eines Kursus zur Einführung in Fragen der Allgemeinmedizin erbringen können. Außerdem sichere die Vergabe der Lehraufträge an praktische Ärzte der Ausbildung den notwendigen direkten Kontakt mit der ärztlichen Praxis. Diesen letzten Punkt nennt der Kultusminister ausschlaggebend dafür, daß keine Lehrstühle für Allgemeinmedizin eingerichtet werden sollen. WZ

HAMBURG

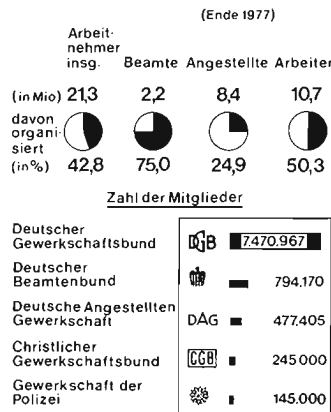
Rechtsstreit um die Arbeitszeit geht weiter

Die gerichtliche Auseinandersetzung um die Arbeitszeitenregelung für Ärzte im Bereitschaftsdienst der Krankenhäuser hat sich in der Hansestadt zum Dauerbrenner entwickelt. Nachdem Gesundheitsministerin Helga Elstner im „Junghans-Prozeß“ verloren hatte und inzwischen Revision beim Bundesarbeitsgericht in Kassel beantragt hat, steht ein neuer Prozeß ins Haus. Der Kinderarzt Dr. Gerhard Limbrock von der Heidbergklinik und zugleich Sprecher der ÖTV-Ärzte in Hamburg will durch einen Gerichtsentscheid die Abschaffung der 32-Stunden-Dienste erreichen. Er ist der Meinung, daß Bereitschaftsdienst im Krankenhaus wie normale Arbeitszeit zu behandeln sei und daß die Weiterarbeit nach nächtlichen Bereitschaftsdiensten für Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern verboten werden müßte.

Die Zusammenlegung von normalen Diensten und Bereitschaft ohne Unterbrechung zwingt das Klinikpersonal zu 32 Stunden Tätigkeit; an Wochenenden kommt es sogar zu 48 Stunden. Der Kläger sieht hier, wie schon sein „Vorkläger“, Dr. Heinz Eberhard Junghans, neben der Belastung des Personals auch eine erhebliche Gefahr für die Patienten.

Die Hamburger Gesundheitsdienstbehörde befindet sich zur Zeit wegen der Auseinandersetzungen um die Bereitschaftsdienste in einer unglücklichen Position: Dr. Junghans darf oder braucht nur noch einmal wöchentlich Bereitschaftsdienst zu machen. Der Spruch des Bundesarbeitsgerichts steht noch aus; sollte dieser aber ebenfalls pro Junghans ausfallen, dann wird sie mehr Arztstellen einrichten müssen. Ebenso gespannt blickt man auf die Entscheidung im Rechtsstreit Dr. Limbrock. DA-HH

Gewerkschaften und ihre Mitglieder



Rund 43 Prozent der 21,3 Millionen Beschäftigten waren Anfang 1978 Mitglied einer Gewerkschaft. Drei Viertel aller Beamten, die Hälfte aller Arbeiter, jedoch nur knapp ein Viertel aller Angestellten sind gewerkschaftlich organisiert. In den 17 DGB-Gewerkschaften sind die Frauen nach wie vor unterdurchschnittlich gewerkschaftlich organisiert – ihr Anteil liegt gegenwärtig bei 18 Prozent. Die angestellten und beamtete Ärzte sind nur zu einem geringen prozentualen Anteil in den hier aufgeführten Gewerkschaften organisiert; sie gehören zu gut 50 Prozent dem Verband der angestellten und beamteten Ärzte Deutschlands e. V. (Marburger Bund) an Condor/DÄ